



Dr. Joe Weingarten (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisabgeordneter Bad Kreuznach/ Birkenfeld
joe.weingarten@bundestag.de

Dr. Joe Weingarten, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

An die SPD-Mitglieder mit vorliegender
E-Mail-Adresse im
Bundestagswahlkreis 201
(Bad Kreuznach/Birkenfeld)
Per Mail

Wahlkreisbüro Idar-Oberstein:
Hauptstraße 404
55743 Idar-Oberstein
Telefon: +49 (0) 6781 508 9233
joe.weingarten.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bad Kreuznach:
Beinde 50
55543 Bad Kreuznach
Telefon: +49 (0) 6781 508 9233
joe.weingarten.wk@bundestag.de

Berlin, 24.01.2025
Anlagen: -

Bericht aus dem Deutschen Bundestag

Liebe Genossinnen und Genossen,

beginnen möchte ich mit einem ausdrücklichen Dank für Eure Unterstützung im Wahlkampf. Bei vielen Veranstaltungen seit Jahresbeginn habe ich das auch schon persönlich getan, allen anderen möchte ich hiermit danken, ich weiß das sehr zu schätzen. In diesem Zusammenhang bitte ich Euch, dort, wo noch nicht geschehen, die bereitgestellten Plakate und Banner aufzuhängen. Auch dafür vielen Dank!

Ich werde in den nächsten Wochen, genauso wie in den letzten fünf Jahren, bei zahlreichen Firmen, Organisationen, Vereinen, an Infoständen und Gesprächsveranstaltungen im Wahlkreis vor Ort sein. Dabei geht es mir im Wesentlichen um drei zentrale Themenbereiche:

Innere und äußere Sicherheit:

Mein Hauptarbeitsgebiet als Bundestagsabgeordneter ist die **Verteidigungspolitik**. Mit unserem Verteidigungsminister Boris Pistorius arbeite ich seit 2022 hart daran, Deutschland sicherer zu machen, die Bundeswehr besser auszustatten und der von Russland angegriffenen Ukraine zu helfen. Das will ich mit Augenmaß und Besonnenheit fortführen. Außerdem will ich das Sicherheitsgefühl der Menschen in unserem Land stärken: mit einer effizienteren Polizei und Justiz, mit klaren Maßnahmen gegen Extremisten von rechter, islamistischer oder linker Seite und mit entschlossenem Vorgehen gegen Hass und Hetze, vor allem im Internet. Zur Frage der inneren Sicherheit gehört auch, dass wir eine deutliche Begrenzung der illegalen Migration an den europäischen Außengrenzen, und gleichzeitig eine gezielte und maßvolle Einwanderung von Menschen, die für unseren Sozialstaat und unsere Wirtschaft gut sind, brauchen. Und ein Mehr an Integration und Bildung, an Sprachkursen und Berufsausbildungen.



Soziale Gerechtigkeit:

Hohe Erbschaften, große Vermögen oder Kapitaleinkünfte sollen mindestens in gleichem Maße wie Arbeitseinkünfte besteuert werden. Soziale Absicherung ist wichtig für alle Menschen, die Unterstützung brauchen! Ich will anständige Löhne und Tarifverträge. Und das Bürgergeld darf keine Dauereinrichtung sein, sondern muss als zeitlich begrenzte Hilfe in anständige Jobs oder bei außergewöhnlichen Notlagen funktionieren.

Beim Klimaschutz dürfen wir die Menschen nicht durch übersteigerte Vorschriften **beim** bei ihren Heizungen oder bei ihren Autos überfordern. Klimaschutz geht nur gemeinsam. Aber: Leugnen der Notwendigkeit von Klimaneutralität hilft uns nicht. Deswegen müssen wir beim Klimaschutz weiter gehen, aber den Menschen einen echten **sozialen** Ausgleich für ihre Belastungen geben.

Gute Gesundheitsversorgung:

Mit der Ende des Jahres 2024 beschlossenen Krankenhausreform können die größeren Standorte in Bad Kreuznach und Idar-Oberstein sich gut entwickeln. Aber auch Meisenheim, Birkenfeld oder Kirn brauchen eine Perspektive. Ich werde mich mit dem gleichen Nachdruck wie bisher dafür einsetzen, dass für jeden dieser Standorte eine angemessene Aufgabe in der regionalen Gesundheitsversorgung gefunden wird, damit alle Menschen in der Region weiter gut versorgt werden können. Dazu gehört auch eine gute Pflegeversorgung. Wir müssen hier in den nächsten Jahrzehnten viel mehr Pflegeplätze aufbauen und Personal ausbilden.

Zudem möchte ich Euch gern auf drei hochkarätige Besuche im Wahlkreis hinweisen, zu denen ich Euch gern einladen möchte:

Am **12. Februar** kommt unser **Ministerpräsident Alexander Schweitzer** um 18:00 Uhr ins Diamanthotel nach Idar-Oberstein. Merkt Euch das Datum gern schon vor.

Am **18. Februar** darf ich unseren **Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Rolf Mützenich**, im Brauwerk in Bad Kreuznach begrüßen. Diese Veranstaltung, die sich in erster Linie an Betriebsräte und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer richtet, wird zur Mittagszeit stattfinden, hier folgt eine konkrete Einladung später.

Ebenfalls am 18. Februar kommt unser **Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius** in den Wahlkreis. Er wird voraussichtlich von 16 Uhr -17.30 Uhr in der Messehalle in Idar-Oberstein zu Besuch sein. Auch hierzu wird es wegen der besonderen Sicherheitsvorkehrungen eine gesonderte Einladung geben.



Mitten im Bundestagswahlkampf hat in dieser Woche der 47. Präsident der USA, der wieder Donald Trump heißt, sein Amt angetreten. Dieses Mal deutlich besser vorbereitet und mit klaren Vorstellungen, wohin er Amerika führen will und wie er seine Rolle in der Welt sieht. Meine Einschätzungen dazu, vor welche Herausforderungen das Europa, in besonderer Weise aber auch Deutschland stellen wird, sind auszugsweise in der Rhein-Zeitung vom vergangenen Freitag veröffentlicht worden. Ich möchte Euch an dieser Stelle den gesamten Text zukommen lassen.

Der Amtsantritt Donald Trumps ist eine Zäsur in der Politik des Westens, weil zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg ein westlicher Politiker ein so hohes Staatsamt führt, zu dessen Programm die Erschütterung des westlichen Staatenbündnisses gehört. Der sich autokratischen Staatsführern stärker verbunden fühlt, als demokratisch gewählten. Dem der „Deal“ das erstrebenswerte Ziel erscheint, nicht der Konsens oder gar die Befolgung von Regeln, auch wenn man selber daraus keinen Vorteil zieht. Und der angekündigt hat, nun noch radikaler als in seiner ersten Amtsperiode von 2017 bis 2021 vorzugehen, von Anfang an nur auf seine Getreuen zu setzen und keine Kompromisse zu machen. Nicht nur „Make America great again“, sondern „Make Donald the greatest“.

Aller Anlass zur Sorge. Gerade für Deutschland mit seiner großen sicherheitspolitischen Abhängigkeit von den USA, seiner tiefen Integration in den Welthandel und seiner Beeinflussbarkeit in der Kommunikation durch amerikanische Medien- und Technologieunternehmen. Musk und Zuckerberg lassen grüßen.

Erstaunlicherweise ist noch immer sehr wenig davon zu spüren, dass sich Öffentlichkeit und Politik auf diese historische Veränderung einstellen. Der Bundestagswahlkampf wird stark von innenpolitischen Themen geprägt und wenn es um sicherheitspolitische Themen geht, dann eher darum, wer denn das bezahlen soll, was an zusätzlicher Verantwortung auf uns zu kommt. Etwa in Bezug auf den Ukraine-Krieg, von dem wir jetzt schon keinen nationalen Konsens über seinen Fortgang haben, geschweige denn eine Vision von seiner Beendigung.

Dabei wäre es höchst angebracht, sich Gedanken über die künftige Haltung Deutschlands gegenüber den USA zu machen. Denn eines hat Donald Trump schon in seiner ersten Amtszeit gezeigt: Deutschland ist ihm nicht egal. In einer seltsamen Hassliebe ist er neidisch auf viele wirtschaftliche und technologische Erfolge unseres Landes, verabscheut die starke Rolle, die Politik und staatliches Handeln bei uns spielen und versucht alles, um unser Land zu schwächen oder doch wenigsten in der weltweiten Wahrnehmung herabzusetzen.

Aber dieses Schwanken Trumps zwischen mürrischer Bewunderung und heftiger Ablehnung Deutschlands ist eine Chance für uns. Denn es ist ihm und seiner Gefolgschaft nicht egal, wie sich Deutschland künftig positioniert. Spricht man mit nicht verbohrteten Republikanern in Washington – auch die gibt es – machen die keinen Hehl daraus, dass die USA Deutschland in seiner Rolle als größtes Land der Europäischen Union auch künftig brauchen wird, gerade auch in den Konflikten der Zukunft. Denn sowohl die



Begrenzung der Machtposition Russlands in Osteuropa wie auch das wirtschaftliche und politische Kräfterennen mit China werden die USA nicht allein bewältigen können. Für beides braucht Trump die Unterstützung der europäischen Verbündeten, allen voran der Bundesrepublik. Sonst übernimmt er sich.

Deswegen ist die erste Forderung an die künftige Bundesregierung im Verhältnis zu Trumps USA: Selbstbewusstsein. Kein Größenwahn, aber eine klare Besinnung auf die eigenen Stärken. Und die liegen seit Jahrzehnten in der Kombination aus wirtschaftlichem Erfolg, der Fähigkeit, Verbündete zu gewinnen, und darin, die entscheidenden Zukunftsthemen anzusprechen. Kommt jetzt noch die in den letzten drei Jahren stark gewachsene Bereitschaft dazu, auch militärisch Verantwortung zu übernehmen, sind wir ein Gesprächspartner für die USA, an dem Trump nicht vorbei gehen kann.

Das setzt allerdings zweitens auch andere Schwerpunkte in unserer Außenpolitik voraus: Nicht die moralische Überhöhung unseres internationalen Auftritts - von der „feministischen Außenpolitik“ bis zur Regenbogen-Armbinde bei Sport-Ereignissen - geben uns Bedeutung und Handlungsspielräume, sondern der klare Wille, in einer von zunehmenden Interessenkonflikten von Staaten und sozialen Schichten geprägten internationalen Politik für Freiheit, Recht und gleiche Chancen für Alle einzutreten. Mit unserer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kraft.

Drittens hat das alles nur Erfolg, wenn es in ein gemeinsames Vorgehen Europas eingebettet ist. Mit einer stärkeren Zusammenarbeit mit Frankreich, auch wenn die französischen Partner, das erlebe ich als Mitglied der deutsch-französischen Parlamentarischen Versammlung, - zur Zeit in einer sehr schwierigen Phase sind, weil auch unser Nachbarland auf der Suche nach einem politischen Kompass für die Zukunft ist. Und wir müssen auch die manchmal sehr eigenwilligen osteuropäischen Länder mit ihren berechtigten eigenen Sicherheitsinteressen einbinden. Dazu gehört auch die Kooperation mit der Türkei und ihren Verbindungen in den arabischen Raum und - natürlich - Großbritannien: nicht in der EU, aber ein Kernland Europas. Ein gemeinsam handelndes Europa ist eine Macht in der Welt.

Viertens müssen wir neue politische und wirtschaftliche Brücken in die Welt bauen, vor allem in die aufstrebenden Regionen des Globalen Südens. Es gehört zu den stärksten politischen Leistungen von Bundeskanzler Olaf Scholz, dass er seit dem russischen Überfall nachdrücklich zu diesem Teil der Welt, in der der größte Teil der Menschheit lebt - nach Indien, Indonesien, Afrika, Südamerika aber eben auch China - neue, auf gegenseitige Akzeptanz und Respekt aufbauende Verbindungen geschaffen hat.

Mit einer solchen, von Realismus und Selbstbewusstsein geprägten Politik, lässt sich nicht nur Donald Trump begegnen. Sie kann auch dazu führen, dass wir die großen politischen Themen der Gegenwart - die Beendigung des Krieges in der Ukraine, Frieden und Koexistenz im Nahen Osten, der Kampf gegen den Klimawandel, einen offenen Welthandel - mit eigenen Initiativen füllen können. Führung Deutschlands in und mit



Europa – damit könnten wir diese schwierige Zeit überwinden und möglicherweise sogar gestärkt aus der zweiten Amtszeit von Donald Trump heraus kommen.

Ich wünsche Euch eine schönes Wochenende.

Herzliche Grüße

Joe

Dr. Joe Weingarten, MdB